

FDP- ORTSVERBAND BORKUM
PRESSESPIEGEL
Borkumer Zeitung – 01. Juli 2002
~*Leserbrief*~

„Politisches Tollhaus“

Ein erstaunliches Stück aus dem politischen Tollhaus durften die zahlreichen Borkumer am vergangenen Donnerstag bei der Ratssitzung erleben.

Da wurde mittels Zeitungsanzeige der Bürger zu einer Ratssitzung geladen auf der unter den TOP 12-14 die Anträge von Bruno Haenelt zur Anschaffung einer Geschwindigkeitswarnanlage sowie zu den fragwürdigen Vorgängen rund um den neuen Gliederbus der Borkumer Kleinbahn behandelt werden sollen.

Das Interesse war groß und man war dankbar, als Bürgermeister Cornelius Akkermann zu Sitzungsbeginn erklärte, dass er in Absprache mit dem Stadtdirektor diese Punkte aus Kulanz aufgenommen hat, obwohl Herr Haenelt – da noch nicht Ratsherr – kein Recht auf Antragseinbringung hätte.

Gegen das Interesse der Bürger hat der SPD-Fraktionssprecher Eberhard Weiss auf Nachfrage des CDU Rats Herrn Krahwinkel, „ob man diese Punkte überhaupt behandeln müsse“, anschließend die Absetzung der Punkte 12-14 wegen Nichtbefassung be-

antragt. Die Abstimmung ergab deutlich, dass sich offenbar niemand außer der FDP mit diesen Themen weiter befassen wollte. Die Punkte 12-14 wurden kurzerhand mit den Stimmen von CDU, SPD, UI und dem – immer noch nicht zurückgetretenen – grünen stellvertretenden Bürgermeister von der Tagesordnung gestrichen. Die CDU stimmte geschlossen gegen die zuvor großartig verkündete Kulanz ihres eigenen Bürgermeisters. Und Bgm. Akkermann selber stimmt bei der Absetzung der von ihm selbst aufgenommenen, Tagesordnungspunkte auch noch fleißig mit und gemeinsam brüskiert man den mündigen Bürger, der eigens wegen dieser Punkte zum Rathaus geeilt ist. Ja, wo sind wir eigentlich?

Bürgermeister für alle Borkumer Bürger wollte Herr Akkermann sein. Als Bürgermeister für die Anwohner der betroffenen Straßen, welche um Ihre Existenz und um die Sicherheit Ihrer Häuser bangen, hat er sich disqualifiziert. Ansonsten hätte er dafür gesorgt, dass seine eigene Fraktion den

Tagesordnungspunkten zustimmt und die Themen Verkehr und Gliederbus offen und ehrlich öffentlich vor dem Bürger diskutiert, verhandelt und abgestimmt werden. So schleicht sich der Verdacht ein, man sei Handlanger der Kleinbahn und der AG Ems und bedanke sich auf diese Art für die erhaltenen Freikarten.

Dass der besorgte Bürger dabei auf der Strecke bleibt ist offensichtlich völlig egal. Schade, Herr Bürgermeister, wenn das so weitergehen soll, dann verkommt der Rat immer mehr zur volksfernen Klügelbude, statt sich zur transparenten und volksnahen Vertretung zu entwickeln.

Die Borkumer FDP ist auch nach dieser politischen Lehrstunde nach wie vor folgender Auffassung:

1) Die Beschlussvorlage aus dem Januar diesen Jahres war irreführend. Bei genauer Befassung und Betrachtung hätte die FDP nicht zugestimmt.

2) Wenn die Kleinbahn/AG Ems darauf besteht, dass man ihr entweder einen neuen größeren Bus genehmigt,

sonst würde man den alten Bus bis in alle Ewigkeiten weinternutzen (gemäß der erteilten Dauergenehmigung für diesen Bus) und nicht bereit ist über Alternativen (z. B. zwei kleine Busse) nachzudenken, die unsere Straßen und des Bürgers Nerven schonen, dann ist das Erpressung, der man sich nicht beugen darf.

3) Die Kleinbahn/AG Ems wäre zu diesem Verhalten gar nicht fähig, wenn man nicht vor Jahren den Fehler gemacht hätte, eine Dauergenehmigung – in unseren Augen gesetzwidrig – für den alten Bus zu erteilen, auf der sich die Herrschaften nun ausruhen können.

4) Wenn denn schon der neue Bus nicht verhindert werden kann – was noch zu klären ist so muss die Satzung in § 4 (3), in der von Omnibus (Plural) die Rede ist, so gestaltet werden, dass der Kleinbahn daraus kein Freibrief zum Einsatz mehrerer Großbusse entsteht; zum Beispiel im Winter, wenn die Schiene zu teuer wird und man sich entschließt, die Gäste nur noch mit Bussen

zu den abfahrenden Schiffen und in die Stadt zu transportieren.

Zu Guter Letzt würden wir gerne noch das Zitat eines CDU-Mitgliedes von der letzten Jahresversammlung der CDU am 10. Juni anbringen, in dem es heißt: „Die Gemeinde Borkum wäre schon lange dazu verpflichtet gewesen, alle Straßen für ein zulässiges Gesamtgewicht von 38 Tonnen auszubauen. Zum Glück hat das noch niemand von uns gefordert. Wenn jemand darauf klagen würde, würde die Stadt Borkum verlieren!“

Fokke Schmidt
FDP Ortsverband Borkum